



Eine Adresse, viele Unternehmen: 2000 Holdings residieren in einem Amsterdamer Bürokomplex

Holländische Geldschleuser

Die Niederlande sind das größte legale Steuerparadies der Welt. Doch nun wächst der Widerstand VON CLAUD HECKING

Hier also teilen sich Hunderte Weltkonzerne eine Adresse. »Amstelgebouw« steht auf dem beigefarbenen Bürokomplex am Südrand Amsterdams. Sonst nichts. Kein Logo von Gazprom prangt auf der Fassade, keines von Danone, Marks & Spencer oder Saab. Dabei residieren diese Unternehmen und mehr als 2000 weitere multinationale Konzerne mit ihren Finanzholdings offiziell an diesem Ort. Sie teilen sich Briefkästen mit der Postadresse »Prins Bernhardplein 200, 1097 JB Amsterdam«. Dennoch betrete oft stundenlang keine Menschenseele das Gebäude, erzählen Nachbarn. Der Betreiber der Immobilie preist sogar leere Büroflächen an. Tatsächlich arbeiten im Amstelgebouw offenbar fast nur Angestellte einer einzigen Firma: jene der Treuhandfirma Intertrust. Deren Manager wollen aber keine Fragen dazu beantworten, was in diesem Gebäude vor sich geht.

Treuhander wie Intertrust und Konzern-Massenquartiere wie das Amstelgebouw gibt es zuhauf in Amsterdams Finanzdistrikt am Südbahnhof und an den Grachten rund ums Zentrum. Ihr Geschäftsmodell basiert auf Gesetzen, die die Niederlande zum attraktivsten legalen Steuerparadies der Welt machen – nicht für normale Bürger, wohl aber für multinationale Unternehmen.

Rund 12 000 »besondere finanzielle Einrichtungen«, wie sie die niederländische Zentralbank tituliert, oder »Briefkastenfirmen«, wie sie der Volksmund nennt, haben Konzerne aus der ganzen Welt in und um Amsterdam gegründet. Starbucks, Ikea, Google und Volkswagen: Viele bekannte Unternehmen sind mit Finanzierungs- oder Holdinggesellschaften vor Ort, manche haben sogar ein paar Mitarbeiter. Rund 8000 Milliarden Euro pro Jahr pumpen globale Konzerne in diese Konstrukte oder aus ihnen heraus, gut das Zehnfache des niederländischen Bruttoinlandsprodukts. Das Motto: Gesetze nutzen, Gewinne verschieben, Steuern sparen. Schließlich belastet der örtliche Fiskus bestimmte im Ausland erzielte Einkünfte kaum oder gar nicht. Dazu gehören zum einen Zinsen und Dividenden. Zum anderen Einkünfte aus intellektuellem Eigentum, also etwa aus Lizenzen oder Marken- und Patentrechten.

Steuervermeidern wie Starbucks droht Ungemach durch die EU

Jahrelang hat dieser ganz legale Steuertrick funktioniert, doch nun droht den Steuervermeidern Ungemach. EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia hat etwa Untersuchungen gestartet gegen Starbucks, weil die Kaffeehauskette mithilfe ihres niederländischen Sitzes Hunderte Millionen Euro Abgaben in Großbritannien, Frankreich und Deutschland gespart hat. Außerdem haben die EU-Finanzminister vor zwei Wochen nach zähen Verhandlungen angekündigt, ein erstes von vielen Schlupflöchern zu stopfen. Bislang können die

Multis viel Geld sparen, indem sich Tochtergesellschaften innerhalb des Konzerns Kredite gewähren. Der Trick: Die Kredit nehmende Tochtergesellschaft sitzt zum Beispiel in Deutschland und kann die Zinsen von der Steuer absetzen. Dafür fallen Dividenden bei der Kredit gebenden Gesellschaft in den Niederlanden an. Diese aber müssen dort kaum oder gar nicht versteuert werden, sodass für den Gesamtkonzern unter dem Strich eine deutliche Steuerersparnis herauspringt.

Selbst wenn die EU-Finanzminister dieses Modell nun verbieten wollen: Die Konzerne haben weiterhin Möglichkeiten, ihre Steuerzahlungen durch grenzüberschreitende Geldflüsse zu minimieren. »Da bleibt noch einiges an Möglichkeiten übrig«, sagt Gaby de Groot. Der Steuerexperte der niederländischen Zeitung *Het Financieele Dagblad* kann vom Großraumbüro aus, in dem er seinen Schreibtisch hat, durch das Fenster auf das Amstelgebouw blicken. Die Briefkastenfirmen-Hochburg hat gleich auf der anderen Straßenseite ihren Sitz. Seit 2011 untersucht der Datenjournalist die Milliardensummen, die Konzerne durchs Land schleusen. Tausende Geschäftsberichte haben er und ein Kollege durchforstet – und entdeckt: Etwa 90 der 100 weltgrößten Unternehmen haben Finanzholdings in Holland.

Manche dieser Holdings firmieren unter unauffälligen Namen wie BlueLeaf Coöperatie oder auch Holten Finance Company BV. Mit Letzterer mindert der US-Supermarktkette Wal-Mart seine Steuerlast – obgleich der Konzern keine einzige Filiale in den Niederlanden betreibt. Bekanntestes Beispiel aber ist wohl Starbucks. Jahrelang mussten Filialen in mehreren europäischen Ländern auf jeden Espresso oder Cappuccino Lizenzgebühren an die Starbucks EMEA BV in Amsterdam entrichten: sechs Prozent des Umsatzes. Das drückte den Gewinn der Landesgesellschaften drastisch: In Großbritannien zahlte Starbucks von 1998 bis 2011 auf Erlöse von rund 3 Milliarden Pfund lediglich 8,6 Millionen Pfund Gewerbesteuer. Die niederländische Starbucks EMEA BV entrichtete dagegen in Holland später kaum Abgaben auf die Lizenzgebühren aus Großbritannien.

Ikea nutzt ein ähnliches Prinzip. Filialen weltweit zahlen Franchise-Gebühren an die Ikea Inter Systems BV in Delft. BV steht für Besloten Vennootschap, ähnlich der deutschen GmbH. Selbst Showrooms wie die Rolling Stones oder U2 haben ihren Geschäftssitz in Amsterdam – wo sie Erlöse aus Musikrechten oder Fanartikeln zum Niedrigtarif versteuern. »Dabei werden diese Einkünfte meist überhaupt nicht in den

Niederlanden erwirtschaftet«, beklagt Sven Giegold, finanzpolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament.

»Wir sind die Finanzdrehscheibe der Welt«, sagt der Datenexperte Gaby de Groot. Eine Statistik des Internationalen Währungsfonds gibt ihm recht. Demnach sind die Niederlande weltgrößter Empfänger und Geber von Direktinvestitionen – wegen der vielen BVs, die hier zur Steuerminimierung gegründet werden. Laut einer Studie der US-Nichtregierungsorganisation Citizens for Tax and Justice (CTJ) besitzen 48 Prozent der 500 umsatzstärksten Firmen Finanzholdings im Land von Kaas und Klompjes – mehr als in Singapur oder Hongkong. Laut CTJ machten Niederlande-Töchter von US-Konzernen 2010 Profite in Höhe von 127 Milliarden Dollar, die ohne die steuerlichen Anreize kaum zu erklären sind. Selbst berühmte Offshore-Standorte wie die Bermudas (91 Milliarden Dollar) oder die Cayman Islands (51 Milliarden Dollar) folgten weit dahinter.

Auch Konzerne aus Europas Krisenstaaten haben die Steueroase im Norden entdeckt. Laut de Groot lassen 60 Prozent der umsatzstärksten Betriebe Portugals, Italiens, Griechenlands und Spaniens internationale Geldströme durch niederländische Holdings laufen. Italiens teilstaatlicher Ölmulti Eni bündelt hier fast seine gesamten Auslandsaktivitäten. Energias de Portugal, Hellenic Petroleum oder Madrids Ölkonzern Repsol – alle versteuern zum Teil in Holland. Zum Leid ihrer

klammen Finanzminister.

Auch deutsche Unternehmen mischen mit. Im Oval Tower nahe der Amsterdamer Ajax-Arena sitzt die Deutsche International Trust Company, eine Deutsche-Bank-Tochter. Sie offeriere »ein weites Spektrum von Verwaltungsdienstleistungen, die in Wertpapierdienstleistungen als integrierte Lösung angeboten werden«, schreibt eine Sprecherin. Fragen der ZEIT nach Aktivitäten und Klienten ignoriert sie. Insidern zufolge aber soll die Treuhandgesellschaft mehr als 100 Finanzholdings gegründet haben und/oder betreuen, meist für deutsche Unternehmen wie Air Berlin und MTU Aero Engines. Laut einem Bericht der Stiftung für wirtschaftliche Forschung SEO machen insgesamt rund 800 Töchter deutscher Konzerne Gebrauch von niederländischen Steuerprivilegien.

Andre Nagelmaker, Vizepräsident der Treuhändervereinigung Holland Quaestor, bestreitet, dass es seinen Klienten ausschließlich um Steuerflucht gehe. »Die meisten siedeln sich an, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, denn die Niederlande haben gute bilaterale Abkommen

geschlossen«, sagt er. Aber es seien auch »noch Strukturen möglich, in denen nie eine Steuerzahlung entrichtet wird«. Dies wolle man nicht, sagt Nagelmaker. Der Lobbyverband plane daher die Einführung eines Qualitätssiegels, mit dem seriöse Treuhänder ausgezeichnet werden sollen.

Die meisten Kunden der Treuhänder residieren nur auf dem Papier in den Niederlanden. Laut der SEO-Studie haben dort gerade mal 25 internationale Konzerne Hauptquartiere oder bedeutende Niederlassungen aufgebaut. Drei Viertel der 12 000 Finanzholdings indes sind demnach mitarbeiterlose Briefkastenfirmen. Von den durchgeschleusten 8000 Milliarden Euro bleiben laut der von der Finanzlobby beauftragten Studie lediglich 3 bis 3,4 Milliarden Euro im Land hängen: etwa in Form von Vermittlungsgebühren oder Steuern. Datenjournalist de Groot hält 2,5 Milliarden Euro für realistisch.

Auf die Einnahmen wollen niederländische Politiker offenbar ungenutzt verzichten – obgleich die USA ihr Land schon mal kurzzeitig als Steueroase führten. Kürzlich forderte das Den Haager Parlament die Regierung dennoch per Resolution auf, sich gegen das Unwort Steuerparadies zu wehren. Und die Treuhänder selbst? Sie argumentieren: Wenn wir Niederländer es nicht tun, dann machen es andere.

Wenn Opferstaaten wie Deutschland keinen Druck machen, passiert wenig

Sie könnten recht damit haben. Nachdem britische Kunden Starbucks wegen dessen Steuerpraxis boykottiert und Aktivisten zu Protesten aufgerufen hatten, überträgt die Kette die Lizenzrechte nun von Amsterdam nach London. Auf die globale Steuerlast werde sich das aber »relativ neutral« auswirken, sagte Europachef Kris Engskov der britischen *Times*. Das hat auch damit zu tun, dass Großbritannien seine Unternehmenssteuern auf nur noch 21 Prozent gesenkt hat. Der Steuersatz auf Gewinne von Auslandsstöckern, die anderen Konzerngesellschaften Kredite gewähren, beträgt weniger als sechs Prozent.

Seit Jahrzehnten ruft Brüssel die Mitgliedstaaten zur Harmonisierung der Unternehmenssteuern auf. Passiert ist allerdings wenig. »Wir brauchen europaweite Mindestsätze«, sagt EU-Politiker Giegold. »Die aber müssten die 28 Mitglieder einstimmig beschließen, auch die Profiteure Niederlande, Irland oder Luxemburg. Solange Opferstaaten wie Deutschland keinen Druck ausüben oder im kleinen Kreis vorangehen, wird sich nichts tun.« Bis dahin können Intertrust und Co. weitermachen. Das Amstelgebouw mag leer stehen. Der Briefkasten bleibt wohl auf Jahre hinaus voll belegt.

Weitere Informationen im Internet: www.zeit.de/steueroasen

MACHER UND MÄRKTE

BNP Paribas: Warnungen ignoriert



US-Justizminister Eric Holder geht resolut vor

Weil sie wissentlich im großen Stil gegen US-Sanktionen verstoßen hat, muss die größte französische Bank BNP Paribas nach einer Einigung mit amerikanischen Behörden unter Führung von Justizminister Eric Holder (Foto) die Rekordsumme von fast neun Milliarden Dollar Strafe zahlen. Hintergrund sind Tausende Transaktionen, bei denen BNP bis 2012 viele Milliarden Dollar durch das US-Finanzsystem schleuste und dabei verschleierte, dass es um Geld von Kunden aus dem Sudan, dem Iran und Kuba ging – aus Ländern, für die strikte Embargos gelten. Teils hatten Mitarbeiter der Bank die Zahlungen intern mit dem Stempel »Achtung: US-Embargo« versehen. Selbst Warnungen von Anwaltskanzleien wurden ignoriert. Allein in der Genfer Filiale, dem Zentrum der Aktivitäten, wurden laut Schweizer Finanzaufsicht »nicht weniger als 20 Rechtsgutachten« eingeholt. Massive Bedenken von Mitarbeitern wurden verworfen, bei einem Treffen, so die Behörden, habe ein Manager gebeten, gar kein Protokoll anzufertigen. STO

ADAC: Gewinn in Millionenhöhe



119 Millionen Euro Gewinn brachten die ADAC-Geschäfte

Was macht der ADAC mit seinen Gewinnen? Rund 1,05 Milliarden Euro Beiträge zahlten seine fast 19 Millionen Mitglieder im vergangenen Jahr. Nach den Ausgaben für Pannenhilfe, Service, Verwaltung und Motorsport blieben dem ADAC e. V. noch 4,6 Millionen übrig. Anders sieht es im kommerziellen Teil des Großclubs aus. Die ADAC Beteiligungs- und Wirtschaftsdienst GmbH bündelt das Geschäft mit Versicherungen, Reisen, Büchern, Krediten et cetera. Bei einem Umsatz von 1,09 Milliarden Euro blieben dort 119,2 Millionen Euro Gewinn hängen. Die durch die Skandale sensibilisierten Mitglieder dürften nun genau hinschauen, ob Interimspräsident August Markel das Geld ordentlich verwendet. Auf Anfrage teilt die ADAC-Zentrale mit, dass der Gewinn im Eigenkapital der Beteiligungsgesellschaft verbleibe. Aber: Die Millionen »können per Beschluss an den ADAC e. V. ausgeschüttet werden«. Vorgesehen seien diese Mittel »für Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung des Hilfenetzes«. Das können die Mitglieder ja auch erwarten. DHL

Naturschutzbehörde: Teurer Frevel

2171

Euro pro Hektar kann der Verlust von Grünland jährlich kosten

Im vermeintlich ergrünten Deutschland wird Natur noch immer planmäßig in großem Umfang vernichtet. Jetzt schlägt das Bundesamt für Naturschutz (BfN) Alarm. Die drastische Abnahme von ökologisch wertvollem Grünland sei inzwischen »kritisch«, so Beate Jessel, die Präsidentin der Bundesbehörde. Schuld sei vor allem die Landwirtschaft mit ihrer Nutzungsintensivierung und der Umwandlung von Grün- in Ackerland, heißt es im BfN-Grünlandreport. Dabei lohne sich der Erhalt des Grünlandes: Dessen Verlust koste die Volkswirtschaft jährlich bis zu 2171 Euro pro Hektar. VO